



HESSISCHER LANDTAG

09. 11. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend RWE nutzt schmutzigen Atomdeal als doppeltes
Steuersparmodell - Bouffier und Puttrich lassen sich an der
Nase herumführen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass RWE den schmutzigen milliardenschweren Atomdeal der Bundesregierung mit den Atomkraftwerksbetreibern jetzt auch noch als doppeltes Steuersparmodell nutzt. Durch den vorzeitigen Austausch von noch nicht aufgebrauchten Brennelementen im Atomkraftwerk Biblis und die Absicht, sie später wieder einzubringen, umgeht RWE trickreich die Zahlung der Brennelementesteuer. So umgeht RWE Steuerzahlungen in Höhe von mindestens 280 Mio. €.
2. Der Landtag kritisiert, dass die Bundesregierung diese Tricks durch ihre Gesetzgebung ermöglicht hat.
3. Der Landtag fordert Ministerpräsident Bouffier auf, seinen Worten "ich finde den Vorgang nicht vertrauensbildend" (Ministerpräsident Bouffier am Rand der Bundesratssitzung vom 5. November 2010, zitiert in der Frankfurter Rundschau vom 6. November 2010) Taten folgen zu lassen. Deshalb muss Umweltministerin Puttrich endlich dafür sorgen, dass ein Höchstmaß an Sicherheit im Atomkraftwerk Biblis umgesetzt wird. Das bedeutet die Umsetzung aller noch ausstehenden Sicherheitsmaßnahmen, die 1991 vom damaligen Umweltminister Weimar angeordnet, aber bisher nicht umgesetzt wurden, noch vor Inanspruchnahme der Laufzeitverlängerung. Ministerpräsident Bouffier und Umweltministerin Puttrich müssen deutlich machen, dass sie sich nicht länger von RWE auf der Nase herumtanzen lassen.
4. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung sich im Bundesrat bisher nicht dafür eingesetzt hat, dass die Zustimmungspflicht der Länder zu den Änderungen am Atomgesetz festgestellt und durchgesetzt werden konnte. Der Landtag fordert den Ministerpräsidenten auf, in der Bundesratssitzung am 26. November 2010 die Anrufung des Vermittlungsausschusses sowohl für die Novelle des Atomgesetzes wie auch für das Kernbrennstoffsteuergesetz zu fordern.

Wiesbaden, 9. November 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir